

Wichtige Hinweise

der Baurechtsbehörde im Zusammenhang mit Anzeigen über den vorübergehenden Betrieb einer Gaststätte bzw. Veranstaltung

Allgemeine Hinweise

- Mit der Anzeige ist keine behördliche Genehmigung oder Duldung verbunden.
- Die Baurechtsbehörde führt im Rahmen der Anzeige grundsätzlich keine Vor-Ort-Prüfung der Räumlichkeiten oder der baulichen Eignung durch.
- Es wird davon ausgegangen, dass alle baurechtlichen Vorschriften eingehalten werden, solange keine konkreten Hinweise auf Gefährdungen vorliegen.
- Die Verantwortung für die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften liegt beim Veranstalter.
- Die Baurechtsbehörde behält sich vor, bei konkreten Hinweisen auf Gefährdungen bauaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Untersagung der Veranstaltung.
- Auch bei einmaligen oder kurzfristigen Veranstaltungen gelten die gleichen öffentlich-rechtlichen Anforderungen wie bei einer dauerhaften Nutzung.

Besondere baurechtliche Anforderungen

- Rettungswege müssen in ausreichender Zahl vorhanden, jederzeit frei und nutzbar sein.
- Die nach baurechtlichen Vorgaben zulässige Besucherzahl darf nicht überschritten werden.
- Ab einer Besucherzahl von mehr als 200 Personen handelt es sich regelmäßig um eine Versammlungsstätte im Sinne der Versammlungsstättenverordnung. In diesem Fall gelten erhöhte bauliche, brandschutztechnische und organisatorische Anforderungen, die zwingend einzuhalten sind.
- Die brandschutztechnischen Mindestanforderungen sind einzuhalten (z. B. geeignete Feuerlöscheinrichtungen, Rauchableitung, Alarmierung).

Fachkundige Prüfung / Zweifelsfälle

- Soweit der Veranstalter die Einhaltung einzelner baurechtlicher oder brandschutzrechtlicher Anforderungen nicht selbst beurteilen kann, ist eine Überprüfung durch eine fachkundige Person erforderlich (z. B. Fachkraft für Arbeitssicherheit, Brandschutzbeauftragte/r oder qualifizierte/r Planer/in).
- Bei Zweifeln an der Einhaltung der genannten Anforderungen wird eine entsprechende Rückmeldung an die Baurechtsbehörde erwartet. Erfolgt keine Rückmeldung, wird davon ausgegangen, dass alle baurechtlichen Vorschriften eingehalten sind.